

## Training sorgt für Blockaden

Neues Deutschland 12.11.11 Hendrik Lasch

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/210951.training-sorgt-fuer-blockaden.html>

*Streit um Vorbereitung auf 13. Februar in Dresden / CDU rückt von Zugeständnis ab*

Ein vom Bündnis »Dresden nazifrei!« für heute geplantes Blockadetraining sorgt für Kontroversen. Die CDU stellt deshalb eine gemeinsame Demonstration gegen Nazis im nächsten Februar wieder in Frage.

Selbst die Hausverwaltung suchte zu intervenieren: Die für das Bürogebäude in der Cottaer Straße 2 in Dresden verantwortliche Firma wollte ein »Blockadetraining« verbieten, das heute ab 15 Uhr in der Geschäftsstelle der Gewerkschaft ver.di geplant ist. Als Mieter dürfe man aber auch derlei »politische Veranstaltungen« ausrichten, beharrte ver.di-Chef Frank Fischer: »Bei uns bestimmen immer noch die Mitglieder die Politik und nicht ein Unternehmen.«

Damit ist der Weg frei für eine Veranstaltung, deren Ziel es eigentlich ist, »Souveränität in unübersichtlichen Situationen« zu erlangen. So jedenfalls formuliert es Franziska Radtke, die Sprecherin des Bündnisses »Dresden nazifrei!«, das zum Training lädt.

In der Politik freilich sorgt die Veranstaltung nicht für Gelassenheit, sondern für allerhöchste Aufregung vor allem im bürgerlichen Lager. Die FDP zeigt sich erschrocken, dass sich die Gewerkschaft »von potenziellen linken Gewalttätern vor den Karren spannen« lasse. Der CDU-Politiker Christian Hartmann erklärt, die Aktion sei »das falsche Signal für ein gemeinsames Handeln aller demokratischen Kräfte« gegen Naziaufmärsche im nächsten Februar und gefährde eine vorgesehene friedliche Großdemonstration.

Hartmanns Äußerung ist brisant. Schließlich war es gerade der Dresdner Abgeordnete, der mit einer Rede im Landtag kürzlich angedeutet hatte, dass Bemühungen um eine Überwindung der jahrelangen Spaltung von bürgerlichem und linkem Lager bei den Antinazi-Aktionen doch noch Erfolg haben könnten. Hartmann, der Polizist ist, hatte für eine Demonstration in Sicht- und Hörweite plädiert und damit eine Abkehr vom bisher in CDU und Regierung verfolgten Ansatz der strikten Trennung von Nazis und Gegnern angedeutet. Eine Arbeitsgruppe zum 13. Februar, in der Gewerkschaften, Parteien und Kirchen mitarbeiten, zu der das Bündnis »Dresden nazifrei!« aber nicht eingeladen wurde, hatte sich kürzlich auf eine solche Demo als kleinsten gemeinsamen Nenner geeinigt.

Während bisher vor allem die FDP diese Einigung torpediert und gemeinsame Aktionen mit »linken Chaoten« eine Absage erteilt hatte, erklärt nun auch die CDU, mit der Planung »rechtswidriger Blockaden« werde »geschlossenes Auftreten gegen Nazis unmöglich«.

Dagegen verteidigen linke Parteien die Aktion. Man dürfe nicht »einzelne Formen des gewaltfreien Protests gegeneinander ausspielen«, sagt die Grüne Eva Jähnigen, die ankündigte, am Training teilzunehmen. Auch die LINKE unterstützt das Vorhaben und sieht in Hartmanns Äußerungen ein »ärgerliches Ablenkungsmanöver«, wie der Stadtchef Hans-Jürgen Muskulus formuliert. Wie der nächste 13. Februar in Dresden ablaufe, hänge von der Bereitschaft der CDU ab, Protest in Sicht- und Hörweite »entlang der gesamten Strecke zuzulassen«.

Solche Äußerungen bekräftigen eine Sichtweise, wonach die Blockaden in den letzten beiden Jahren vor allem dem strikt durchgesetzten Trennungsgebot geschuldet waren und durch genehmigten Protest in Sicht- und Hörweite gewissermaßen überflüssig würden: Wenn die Bürger legal protestieren dürften, heißt es, müsse nicht zu den als legitim angesehenen, juristisch aber umstrittenen Blockaden gegriffen werden. Das Bündnis »Dresden nazifrei!« freilich erklärte angesichts der Aufregung, man halte in jedem Fall an Blockaden fest. Zum dritten Male solle 2012 »ein Nazigroßaufmarsch durch Massenblockaden verhindert« werden. Bundesweit wird dafür schon jetzt mobilisiert - und heute trainiert.

## **Bündnis Nazifrei gibt Blockadeschulung**

### **MDR 12.11.11**

<http://www.mdr.de/sachsen/blockadetraining100.html>

Unbeirrt von der öffentlichen Diskussion hat das Bündnis Dresden Nazifrei am Sonnabend ein so genanntes Blockadetraining durchgeführt. 70 Interessierte, vom Jugendlichen bis zum Rentner, haben nach Angaben der Veranstalter gelernt, wie sie in "schwierigen und unübersichtlichen Situationen besonnen handeln" können. Hintergrund der Aktion sind die alljährlichen Aufmärsche von Rechtsextremisten in Dresden und die Proteste dagegen. Wie das Bündnis weiter mitteilte, soll es bis Februar vier weitere Blockadetrainings geben.

Die Veranstaltung war Anfang Oktober schon einmal geplant, in den Räumen der Technischen Universität Dresden. Nach heftiger Kritik, vor allem aus den Reihen der CDU und FDP, wurde es abgesagt. Innenminister Markus Ulbig sieht in den Blockaden eine "Einladung für Gewalttäter". Die Blockaden seien rechtswidrig und trügen zur Eskalation bei.

### **Heftige Kritik an ver.di**

Nachdem die Hochschule nicht mehr als "Trainingsstätte" zur Verfügung steht, hat jetzt die Gewerkschaft ver.di ihre Räume zur Verfügung gestellt. Und wieder hagelt es Kritik von den Regierungsparteien. FDP-Innenexperte Benjamin Karabinski erklärte, es sei "erschreckend, dass sich ver.di von potenziellen linken Gewalttätern vor den Karren spannen lässt". Der CDU-Landtagsabgeordnete Christian Hartmann forderte die Gewerkschaft mit Verweis auf ihre gesamtgesellschaftliche Verantwortung auf, ihre Räume für das Blockadetraining nicht zur Verfügung zu stellen. "Sie darf denjenigen, die gewalttätige und rechtswidrige Aktionen vorbereiten, keine Plattform bieten", sagte Hartmann.

Ver.di erklärte am Freitag dazu, friedliche Massenblockaden seien eine legitime Aktionsform gegen Naziaufmärsche und keine Straftat. Das Blockadetraining sei wichtig, "um die Menschen auf brenzlige Situationen vorzubereiten und einer Eskalation vorzubeugen". Auch die Hausverwaltung hatte nach Gewerkschaftsangaben versucht, die Veranstaltung zu untersagen. Der Dresdner Gewerkschaftschef Frank Fischer sagte dazu: "Bei uns bestimmen immer noch die Mitglieder über unsere Politik, keine Unternehmen."

### **Bündnis: Ziviler Ungehorsam ist legitim**

Das Bündnis Nazifrei stellte im Vorfeld des Blockadetrainings klar, keinesfalls zu Eskalationen aufrufen zu wollen. Sprecherin Franziska Radtke erklärte, Polizisten oder Gegner des Protestes

seien "nie Adressaten". Einziges Ziel sei, sich den Rechtsextremen in den Weg zu stellen. "Ziviler Ungehorsam ist im Kampf gegen Rassismus und Nationalsozialismus nicht nur legitim, sondern notwendig." Das Bündnis will im Februar 2012 zum dritten Mal in Folge den alljährlichen Aufzug von Neonazis in Dresden mit Blockaden verhindern.

## **Bündnis "Dresden Nazifrei" trainiert für Blockaden**

**Freie Presse 12.11.2011 dapd**

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Buendnis-Dresden-Nazifrei-trainiert-fuer-Blockaden-artikel7816528.php>

Rund 50 Teilnehmer

Dresden (dapd-lsc). Das Bündnis "Dresden Nazifrei" hat am Samstag in Dresden ein umstrittenes Blockadetraining für künftige Aufmärsche Rechtsextremer in der sächsischen Landeshauptstadt veranstaltet. An dem Treffen in Räumen der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di nahmen etwa 50 Interessierte, darunter die Grünen-Landtagsabgeordnete Eva Jähnigen, teil. In dem Seminar wurde unter anderem gezeigt, wie sich eine Masse durch Handzeichen besser organisieren kann und was in einen Demonstrationsrucksack gehört.

Das geplante Blockadetraining war bereits zuvor von CDU und FDP sowie der Deutschen Polizeigewerkschaft scharf kritisiert worden. Blockaden seien eine Einladung für Gewalttäter und zudem rechtswidrig, hatte Innenminister Markus Ulbig (CDU) gesagt. Das Training selbst wurde am Samstag nicht gestört.

## **Bündnis Dresden-Nazifrei trainiert für Sitzblockaden gegen Demonstrationsmärsche**

**LVZ 12.11.11**

(<http://nachrichten.lvz-online.de/leipzig/polizeiticker/polizeiticker-mitteldeutschland/buendnis-dresden-nazifrei-trainiert-fuer-sitzblockaden-gegen-demonstrationsmaersche/r-polizeiticker-mitteldeutschland-a-113328.html>)

Dresden. Etwa 70 Teilnehmer folgten am Samstagnachmittag dem Aufruf des Aktionsbündnisses Dresden-Nazifrei zum Blockadetraining. In den Räumen der Gewerkschaft ver.di an der Cottaer Straße probten sie unter Anleitung erfahrener Trainer für den 13. Februar 2012, dem Jahrestag der Bombardierung der Stadt im Zweiten Weltkrieg. „Unser politischer Gegner sind die Nazis“ erklärte ein Sprecher des Bündnisses mit Blick auf die anstehenden Demonstrationsmärsche von Neonazis an dem Tag. Dabei stellte das Bündnis klar, dass sie den Kontakt mit der Polizei in Kauf nehme, diese jedoch nicht ihre Gegner seien. Frank Fischer, Vorsitzender der Ortsgruppe ver.di, bekräftigte: „Dieses Bündnis distanziert sich von jeglicher Gewalt. Wichtig ist, dass wir Gesicht zeigen gegen die Nazis.“ Leider gebe es immer ein paar Chaoten, die gewalttätig würden, räumte er ein.

Beim Training erhielten die Teilnehmer zunächst grundlegende Infos. Ratsam sei demnach genügend Verpflegung mitzunehmen, ein Sitzkissen parat zu halten und Wechselkleidung in einen Rucksack zustecken. Letztere sei besonders nach Einsätzen von Wasserwerfern notwendig, so der Ratschlag. Das Training sollte ebenfalls dazu dienen, besonnen in angespannten Lagen zu reagieren und die Kommunikation in den umstrittenen Blockaden zu üben.

Im Vorfeld der Übung gab es seitens der CDU und FDP Kritik gegenüber der Gewerkschaft ver.di. „Ich kann nur an die Gewerkschaft appellieren, ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden. Sie darf denjenigen, die gewalttätige und rechtswidrige Aktionen vorbereiten, keine Plattform bieten“, erklärte der Dresdner CDU-Landtagsabgeordnete Christian Hartmann. "Es ist erschreckend, dass sich Verdi von potentiellen linken Gewalttätern vor den Karren spannen lässt. Ich sehe es als Liberaler nicht als Aufgabe einer Gewerkschaft, linken Chaoten Schulungen zum gewaltsamen Blockieren genehmigter Demonstrationen oder gar zum Widerstand gegen Polizisten zu ermöglichen", ergänzte der FDP-Landtagsabgeordnete Benjamin Karabinski. „Aber letztlich müssen die Gewerkschaftsmitglieder entscheiden, ob sie dafür ihre Beiträge zahlen.“ Für Verdi-Landessprecher Jörg Förster sei die Kritik hingegen nicht nachvollziehbar. Es gehe um eine wichtige Übung, was auf einer Demo passieren könne. Man werde sich nicht verbieten lassen, friedlich gegen Nazis zu demonstrieren, so Förster gegenüber DNN-Online.